Anhang

zur Vernehmlassung an das Bundesamt für Umwelt, Abteilung Stoffe, Boden, Biotechnologie, zur zweiten Revision der Chemikalien-Risikoreduktions-Verordnung (ChemRRV) vom 2. März 2009

Detaillierte Änderungs- und Ergänzungsanträge zur ChemRRV

Anhang 1.3 Aliphatische Chlorkohlenwasserstoffe

Anträge: Die Ausnahmen nach Abs. 2 sind jeweils auf ein Jahr zu beschränken.
Zusätzlich ist in der Verordnung ein Enddatum festzulegen, bis zu welchem diese Ausnahmen längstmöglich gewährt werden können.

Neuer Bst. zu Ziffer 2 Abs. 2:

- c. Massnahmen gemäss dem Stand der Technik zur Minimierung der Exposition der Beschäftigten getroffen wurden.

Begründung: Mit der Einführung des Chemikalienrechts wurde die Angleichung an die europäischen Normen angestrebt. Es ist daher nicht im Sinn des Gesetzgebers, die entsprechenden Bestimmungen und Grundsätze durch die Gewährung besonderer Ausnahmen in der Schweiz zu umgehen.

Es ist nachvollziehbar, dass als Folge der Einführung der Regelung unverhältnismässige Härtefälle auftreten können. Trotzdem sollte es möglich sein, innerhalb einer vernünftigen Frist weniger besorgniserregende Ersatzstoffe/-verfahren zu finden. Mit der Beschränkung der Gültigkeit soll ein gewisser Druck für die Suche nach Alternativen aufrechterhalten werden.

Chloroform dürfte in erster Linie ein Risiko für die Beschäftigten darstellen. Die Festlegung einer Maximalmenge kann die Auswirkungen auf die Umwelt beschränken, die gebotene Minimierung der Exposition der Arbeitnehmer jedoch nicht garantieren. Auch eine angemessene Expositionsbegrenzung ist daher Voraussetzung für die Gewährung einer Ausnahme.

Anhang 1.5 In der Luft stabile Stoffe (ILS) bzw. fluoridierte Treibhausgase

Bemerkung: Wir begrüssen die Angleichung der Kennzeichnungsvorschriften für klimaaktive Stoffe auf diversen Behältern, Geräten und Anlagen an die entsprechenden europäischen Bestimmungen.

Antrag: Anstelle der Definition für die in der Luft stabilen Stoffe sollten die betroffenen Stoffe in der Verordnung explizit und abschliessend aufgeführt werden.

Begründung: Mit dem hohen Änderungsrythmus der ChemRRV kann die Liste genügend rasch nachgeführt werden. Ausserdem wird die Regelung transparenter.

Antrag: Die von der Verordnung (EG) 842/2006 betroffenen fluoridierten Treibhausgase sind ebenfalls in der ChemRRV aufzuführen.

Begründung: Damit wird die Lesbarkeit der Verordnung verbessert.

Antrag: Es ist anzustreben, die schweizerische Liste der ILS mit der Liste der Treibhausgase gemäss Verordnung (EG) 842/2006 zur Deckung zu bringen, d.h. auf diese Stoffe zu reduzieren.

Begründung: Im Bereich der Treibhausgase enthält die ChemRRV bereits zahlreiche Bestimmungen. Mit der Einführung von Deklarationspflichten für fluoridierte Treibhausgase gemäss der

Verordnung (EG) 842/2006 entstehen nun zwei fast deckungsgleiche Gruppen von Stoffen, für welche aber die anzuwendenden Vorschriften unterschieden werden müssen.

Nur in der Schweiz geregelt sind: HFE-7100, NF₃

In der Schweiz bisher nicht geregelt sind: HFKW 152A, HFKW 236cb

Anhang 1.7 Quecksilber

Bemerkung: Der Vorschlag, die Bestimmungen für Quecksilber in Fahrzeugen bzw. Elektro- und Elektronikgeräten in den Anhang 2.16 zu den Beschränkungen der weiteren Schwermetalle in diesen Gegenständen zu transferieren, wird begrüsst.

Ebenso begrüsst wird die Klarstellung zu den Fieberthermometern.

Antrag: Ziffer 3.1, zusätzliche Absätze nach Abs. 3:

^{3a} Für das Inverkehrbringen von Verpackungen gilt Anhang 2.16.

^{3b} Für das Inverkehrbringen von Holzwerkstoffen gilt Anhang 2.17.

Begründung: Auch für Verpackungen und Holzwerkstoffe sind die Bestimmungen des Anhangs 1.7 nicht anwendbar, da die maximalen Schwermetallgehalte (inkl. Quecksilber) für diese Gruppen von Gegenständen in den jeweiligen Anhängen 2.16 und 2.17 speziell (abweichend) geregelt sind.

Antrag: Der Export von metallischem Quecksilber, von gewissen Quecksilberverbindungen sowie von Quecksilberlegierungen ist zu untersagen.

Begründung: In der Schweiz ist die Verwendung dieser Stoffe sowie das Inverkehrbringen von Gegenständen, welche solche enthalten, stark eingeschränkt. Die Stoffe sind jedoch als solche oder in diversen Gegenständen noch in Gebrauch oder an Lager. Quecksilber und seine Verbindungen fallen bei deren Sammlung an und werden bei der Entsorgung oder Aufarbeitung diverser quecksilberhaltigen Produkte zurückgewonnen. Falls Quecksilber oder Quecksilberverbindungen exportiert werden, können sie auf verschiedenen Wegen wieder in die Umwelt gelangen. Bereits heute sind weltweit diverse Umweltkompartimente mit Quecksilber belastet und führen zu problematischen Konzentrationen etwa in Meeresfischen.

Die EU hat daher im Oktober 2008 die Ausfuhr von metallischem Quecksilber und bestimmten Quecksilberverbindungen verboten. Auch die Schweiz sollte entsprechende Massnahmen ergreifen.

Anhang 1.15 Teere (neu)

Bemerkung: Anhang 1.15 regelt den Einsatz und die Verwendung von teerhaltigen Stoffen. Davon betroffen ist unter anderem die Wiederverwertung von teerhaltigem Ausbauasphalt zu Bauzwecken. Wir begrüssen die vorgeschlagenen Bestimmungen auf Gesetzesstufe, da dadurch ein einheitlicher Vollzug in den Kantonen besser sichergestellt werden kann als mit der heutigen Empfehlung auf Stufe Richtlinie. Für den zulässigen Teer- bzw. PAK-Gehalt von Ausbauasphalt, welcher der Heissaufbereitung zugeführt werden darf, werden zwei Varianten vorgeschlagen. Die zweite Variante sieht vor, dass Ausbauasphalt mit einem PAK-Gehalt bis 1000 mg/kg (20'000 mg/kg bezogen auf das Bindemittel) der Heissaufbereitung zugeführt werden kann, sofern der PAK-Gehalt im neu produzierten Asphalt den Wert von 250 mg/kg (5'000 mg/kg bezogen auf das Bindemittel) nicht überschritten wird. Im Sinne der Rechtssicherheit würden wir die Variante 2 favorisieren, da dies bereits der heutigen Praxis entspricht. Diese Variante setzt jedoch voraus, dass die Belagsaufbereitungsanlagen die Vorschriften der Luftreinhalteverordnung und die arbeitshygienischen Grenzwerte (MAK-Werte) beim Einsatz von teerhaltigem Ausbauasphalt einhalten. Die Anwendung der Variante 1 würde einer Ver-

schärfung der heutigen Regelungen bedeuten und hätte zur Folge, dass weniger Material der Wiederverwertung zugeführt werden könnte.

Antrag: Anwendung von Variante 2 für den zulässigen Teergehalt bei der Heissaufbereitung.

Begründung: Entspricht heutiger Regelung in der Bauabfallrichtlinie und der Praxis im Vollzug bei den meisten Kantonen; mehr Material kann der Wiederverwertung zugeführt werden als bei Variante 1.

Anhang 2.4 Biozidprodukte

Bemerkung: Die Änderung wird ausdrücklich begrüsst. Aus unserer Sicht könnte die Frist auf Mitte 2010 verkürzt werden.

Es ist störend, dass trotz des Verbotes weiterhin schadstoffhaltige Schwellen verbaut werden dürfen. Dies auch in Wohnrandgebieten wie etwa für den Zaunbau um landwirtschaftliche Betriebe.

Mit der Einführung der ChemRRV wurde klar und deutlich informiert, dass nun nicht nur der Handel, sondern auch die Verwendung solcher alter Eisenbahnschwellen, ausser bei Bahnanlagen, verboten sei.

Es ist nicht Aufgabe des Gesetzgebers, das Verbauen etwaiger Lagerbestände von kurz vor Inkrafttreten des entsprechenden Verbots abgegebenen schadstoffhaltigen Schwellen zu legitimieren. Solche Lager schadstoffhaltiger Eisenbahnschwellen sind daher zu entsorgen.

Die Bevölkerung ist sensibilisiert und stört sich an neuen Installationen mit altem Teerholz, dies auch ausserhalb der unmittelbaren Wohnzonen.

Antrag: Streichung der Ziffer 7 und Schaffung einer neuen Ziffer 1.5.

Die Übergangsfristen zu den Bestimmungen des Anhangs 2.4 sollten statt in Ziffer 7 jeweils im Anschluss an die Bestimmungen zur betroffenen Produktgruppe aufgeführt werden.

Begründung: Die Systematik des Aufbaus der Regelungen im Anhang 2.4 wird bezüglich der Übergangsbestimmungen durchbrochen.

Da es keine Übergangsbestimmungen gibt, die alle Produktarten dieses Anhangs betreffen, und auch keine solchen zu erwarten sind, ist es nicht zweckmässig, alle Übergangsfristen in einer separaten Ziffer ganz am Ende des Anhangs zusammenzufassen.

Durch neue Unterziffern "Übergangsbestimmungen", jeweils am Ende der Bestimmungen zu den einzelnen Produktarten, kann die Lesbarkeit der Verordnung verbessert werden.

Anhang 2.10 Kältemittel

Bemerkung: Wir begrüssen die Verlängerung der Übergangsfrist für kleine Wärmepumpen in Wohnbauten.

Antrag: Ziffer 5, Meldepflicht, Abs. 2 neuer Buchst. e.:
d. die Bewilligungsnummer

Begründung: Die Auswertung der Meldungen von Kälteanlagen, welche bei der Meldestelle der Branche (SMKV) eingegangen sind, sowie die in einzelnen Kantonen durchgeführten Kontrollen von Kälteanlagen zeigen, dass ein grosser Anteil bewilligungspflichtiger Anlagen in Betrieb ist bzw. gemeldet wird, für welche keine Bewilligung eingeholt worden

ist (bis 60 %).

Zur Verbesserung dieser Situation schlagen wir vor, dass bei der Meldung von Anlagen auch die Bewilligungsnummer angegeben werden muss.

Antrag: Es sollte klargestellt werden, dass die Meldepflicht nach Ziffer 5 auch bei einem Wechsel des Kältemittels wahrgenommen werden muss.

Begründung: Ab dem 1. Januar 2010 wird das Nachfüllverbot von Kälteanlagen mit unverarbeiteten, teilweise halogenierten Fluorchlorkohlenwasserstoffen in Kraft treten. Nach Aussagen von Kälteexperten besteht die Möglichkeit, R22-Anlagen mit anderen Mitteln, z.B. R427A, nachzurüsten, ohne dass Anpassungen an Anlagekomponenten vorgenommen werden müssen.

Es geht aus dem Anhang 2.10 nicht klar hervor, ob solche Änderungen bewilligungs- oder meldepflichtig sind. Es wäre aber zwecks Überprüfung des R22-Ausstiegs notwendig, dass solche Änderungen mindestens meldepflichtig wären.

Anhang 2.11 Löschmittel

Bemerkung: Zur Kennzeichnung der klimaaktiven Stoffe, siehe Anträge zu Anhang 1.5.

Antrag: Neue Ziffer 9, Übergangsfristen:

Für die Verwendung PFOS-haltiger Löschmittel gilt die Übergangsfrist nach Anhang 1.16 Ziffer 4.

Begründung: Im neuen Anhang 1.16 werden PFOS-haltige Stoffe und Zubereitungen grundsätzlich verboten. Davon sind insbesondere auch Löschmittel betroffen. Es wäre wahrscheinlich nicht zweckmässig, dieses Verbot auch in allen betroffenen Produktgruppen, für welche in einem weiteren Anhang 2.x noch andere besondere Bestimmungen enthalten sind, separat zu regeln.

Da die Übergangsfrist für Löschsäume jedoch spezifisch nur Produkte des Anhangs 2.11 betrifft, wäre es zu rechtfertigen, diesen Verweis zur Verbesserung der Adressatenfreundlichkeit hier anzuführen.

Anhang 2.15 Batterien

Bemerkung: Für die Batterien werden neue Begriffe verwendet (Geräte-, Fahrzeug- und Industriebatterien). Im Gegenzug wird in der VeVA (Verordnung über den Verkehr mit Abfällen) von Bleibatterien oder Bleiakumulatoren gesprochen (Abfallcode S 16 06 01). Es wäre wünschenswert, wenn diese Neubezeichnungen in der „Revision der Verordnung über den Verkehr mit Abfällen“ einfließt.

Antrag: Die neuen Begriffe (Geräte-, Fahrzeug- und Industriebatterien) sollen im Zusammenhang mit der „Revision der Verordnung über den Verkehr mit Abfällen“ nach Möglichkeit einfließen (z.B. anstelle von Abfallcode 16 06 01).

Begründung: Dadurch werden einheitliche Bezeichnungen verwendet.

Bemerkung: Die Übernahme der Bestimmungen der RL 2006/66/EG führt im Bereich der fest eingebauten Knopfzellen zu einer deutlichen Erhöhung des zulässigen Quecksilbergehaltes, was wir ausdrücklich bedauern (0.0005 % auf 2 %). Es ist zu hoffen, dass diese Knopfzellen bei der Entsorgung des Elektroschrotts entfernt und der Batterieentsorgung zugeführt werden.

Antrag: Die Ziffer 6.5 ist in folgendem Sinn zu ergänzen:

Die Organisation ist zu verpflichten, allen unterstellten Händlern ein unentgeltliches Abhol- oder Rücksendungssystem für gebrauchte Batterien zur Verfügung zu stellen.

Begründung: Im Rahmen der Sammellogistik der INOBAT werden nur Altbatterien in Mengen ab 50 kg kostenlos abgeholt. Kleine Verkaufsstellen müssen die Sammelkartons auf eigene Kosten per Post zur Entsorgung einsenden. Dabei entstehen ihnen unverhältnismässig hohe Portokosten.

Die Organisation muss daher auch in diesem Bereich eine Logistik anbieten, bei welcher die Verpackungs- und Transportkosten zu ihren Lasten gehen. Damit könnte ein wesentlicher Beitrag zur Anhebung der weiterhin deutlich ungenügenden Rücklaufquote auf den vom BAFU geforderten Wert von 80 % geleistet werden.

Antrag: Die Ziffer 7 ist zu streichen.

Begründung: Nach Artikel 13 überwachen die Kantone die Einhaltung der Bestimmungen der ChemRRV, soweit die Zuständigkeiten nicht anders geregelt sind. Mit dieser generellen Festlegung ist die Ziffer 7 obsolet.

Überdies wird durch die alleinige Zuteilung der Ziffer 4.2 (Verkaufsstellen und Werbung) in den Zuständigkeitsbereich der Kantone fälschlicherweise der Eindruck erweckt, dass weitere Bestimmungen wie etwa die Schwermetallgehalte, Informationspflichten oder die Rücknahmepflichten (Ziffern 2, 4.1 und 5) gar nicht oder nicht durch die Kantone überwacht werden sollen.

Anhang 2.16 Besondere Bestimmungen zu Metallen

Bemerkung: Grundsätzlich ist die ChemRRV so strukturiert, dass Bestimmungen, die für einzelne Schadstoffe oder Gruppen von Schadstoffen gelten, in den Anhängen 1.x geregelt sind. Regelungen, die bestimmte Gruppen von Stoffen, Zubereitungen oder Gegenständen betreffen, sind in den Anhängen 2.x enthalten. Der Anhang 2.16 (Besondere Bestimmungen zu Metallen) ist daher systemwidrig.

Auf längere Sicht wäre es zweckmässig, die in den Ziffern 1–6 enthaltenen Bestimmungen in separate Anhänge 2.x für die einzelnen Gruppen von Gegenständen aufzuteilen. Bezüglich der Ziffern 2 und 3 wäre auch ein Anhang 1.x (Cadmium) zu prüfen.

Antrag: Die Übergangsfristen zu den Bestimmungen des Anhangs 2.16 sollten statt in Ziffer 7 jeweils im Anschluss an die Bestimmungen zu den betroffenen Gruppen von Gegenständen aufgeführt werden.

Begründung: Die Systematik des Aufbaus der Regelungen im Anhang 2.16 wird bezüglich der Übergangsbestimmungen durchbrochen.

Da es keine Übergangsbestimmungen gibt, die alle Gegenstände betreffen, und auch keine solchen zu erwarten sind, ist es nicht zweckmässig, diese Übergangsfristen in einer separaten Ziffer ganz am Ende des Anhanges zusammenzufassen.

Mit der Ergänzung von Unterziffern "Übergangsbestimmungen", jeweils am Ende der Vorschriften für die einzelnen Gruppen von Gegenständen, kann die Lesbarkeit der Verordnung verbessert werden.